

19.05.2012

Netzwerk gegen Mastställe gegründet

von Oda Lambrecht



Gemeinsam gegen "Agrarfabriken" - Anwohner von Mastställen in Niedersachsen haben sich vernetzt.

"Hühnermast ist subventionierte Tierquälerei" - so die Parole auf einem Transparent. In Großenkneten nahe Oldenburg haben sich am Sonnabend knapp 50 Gegner industrieller Massentierhaltung versammelt, die meisten von ihnen sind schon länger in lokalen Bürgerinitiativen organisiert. In Zukunft wollen sie gemeinsam gegen geplante Mastställe protestieren. Deshalb haben sie das "Landesnetzwerk Niedersachsen Bauernhöfe statt Agrarfabriken" gegründet.

Angst vor Keimen, Staub und Gestank

Sie fürchten zum Beispiel gesundheitliche Probleme durch Keime und Staub aus den Ställen oder auch einfach den Gestank im eigenen Garten. Nun wolle man den Druck auf Politik und Wirtschaft erhöhen, sagt Eckehard Niemann von der "Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft" (AbL), die Bewegung sei in der Mitte der Gesellschaft angekommen. "Wir wollen die Agrarindustrie verändern", erklärt Michael Hettwer von der "BürgerInitiativeMunzel". Und mit diesem Landesnetzwerk könnten die einzelnen Initiativen schneller Informationen austauschen, so Ulrich Schulze von dem Verein für "Menschen, Umwelt, Tiere" (proM.U.T.).

Einsatz für eine artgerechte Tierhaltung

Die Teilnehmer des Gründungstreffens wollen sich aber nicht nur für ihre eigenen Interessen vor Ort einsetzen, sondern auch für mehr Umweltschutz. Sie kritisieren die massiven Ammoniak-Emissionen durch die niedersächsische Tierhaltung und die hohen Nitratbelastungen von Gewässern durch Gülle. Und die Netzwerk-Mitglieder fordern neben einer nachhaltigen auch eine artgerechte Tierhaltung - vor allem für die Schweine- und Hähnchenmast.

Auf Bundesebene ist das Netzwerk "Bauernhöfe statt Agrarfabriken" schon länger aktiv. Neben verschiedenen Bürgerinitiativen beteiligen sich auch die Umweltschutzorganisation "Bund für Umwelt und Naturschutz" (BUND), der "Deutsche Tierschutzbund" und die "Arbeitsgemeinschaft für bäuerliche Landwirtschaft" (AbL).

© Norddeutscher Rundfunk